

# Volks-Zeitung

Dreißigtausendster Jahrgang.

№. 153.

Halle, Dienstag, den 1. April.

1919.

## Eine Einigung in Paris erzielt.

### Wilson und Clemenceau einig!

Hamburg, 31. März. (Eig. Drahtnachr.) Nach einem Bericht des „Freidenkblattes“ ist zwischen Wilson und Clemenceau in der Frage der deutsch-französischen Grenze folgende Einigung zustande gekommen: Das linke Rheinufer, die Rheinpfalz und das Saargebiet bleiben deutsch. Deutschland muß sich verpflichten, auf dem linken Rheinufer weder Befestigungen noch Garnisonen zu halten. Die gesamte Schenckproduktion des Saargebietes muß an Frankreich geliefert werden, bis die in Nordfrankreich zerstörten Bergwerke wiederhergestellt sind.

### Die Danziger Frage.

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) An zukünftiger Stelle wird, wie wir hören, die einleitende Mitteilung folgt, daß er alle Garantien und Auskünfte geben will, die eingehend beurteilt, daß die Entente annehmend nicht in gewöhnlich ist, die durch die Danziger Frage entstandene Krise weiter zu vertiefen. Verschiedene Angelegenheiten lassen erkennen, daß die Entente nach Kenntnisnahme der deutschen Note die Danzig nicht als eine besondere Frage betrachtet, sondern als eine Angelegenheit, die auf sachlichem Wege zu regeln ist. Weiter ist zu erkennen, daß sich bemüht ist, aus gewissen Gründen die Danziger Frage als einseitig zu erledigen, was schon allein aus dem Umstand hervorgeht, daß sich selbst die Verhandlungen über diese Angelegenheit leiten will.

### Beteiligung der Fraktionen an der Danziger Entscheidung.

Berlin, 31. März. Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung anlässlich der Fortsetzung des Warschauer Prozes nach den Verhandlungen in der Danziger Frage beschlossen, die Fraktionen der Nationalversammlung am Mittwoch, den 2. April, nach Berlin zu bitten. Sie sollen ebenfalls bei den bisherigen Schritten in den Warschauer Verhandlungen zu den Beratungen hinzugesogen werden, damit die Endüber einstimmung zwischen Kabinett und Parteien gewährleistet wird.

### Ausdehnung des Bergarbeiterausstandes im Ruhrgebiet.

Essen, 31. März. (Drahtnachricht.) Der Bergarbeiterausstand erfuhr heute eine weitere Ausdehnung. Im Bezirk Hildesheim ist die Belegschaft der Zeche Alma und im Bezirk Nealinghausen die Belegschaft der Zeche Freiberg der Höhe ausständig. Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich in der heutigen Schicht auf 52 100 gegen 33 200 gestern.

### Wer hat den Schaden?

Berlin, 31. März. (Priv.-Tel.) Einer der größten Schäden der Reichswehr ist vollständig zu Buche gegangen, weil er unter dem Vorwand nichtungen gestiftet hatte. Die Wiederherstellung erfordert zehn Monate. Es wird behauptet, daß weitere Schäden drohen.

### Generalstreik in Stuttgart.

Stuttgart, 31. März. (Meldung der Süddeutschen Korrespondenz.) Der schon lange angekündigte, aber immer wieder aufgeschobene Generalstreik ist heute ausgebrochen. Um 9 Uhr legten in Stuttgart die Arbeiter der Firma Fölsch und Hennemann, in Unterrißelfeld die Arbeiter der Zämlerei die Arbeit nieder. Viele zogen es vor, nach Hause zu gehen, während andere auf verschiedenen Plätzen der Stadt Demonstrationen auf den Kanaltor Plätzen abhielten. Die folgenden Forderungen aufzuzählen: 1. Freilassung der politischen Inhaftierten, 2. Aufhebung des Belagerungszustandes und des Verbotes von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel; 3. Einstellung der anlässlich des Januarstreiks gemäßigtesten Personen; 4. sofortige Neuwahl der V. und S. Räte auf revolutionärer Grundlage. Von 10 Uhr ab wurde, wie man hört, der Telefonverkehr in einem Umkreis von 50 Kilometern und in Stuttgart selbst gestoppt. Gegen Mittag richtete sich der Streik auf die Straßenbahnverkehre auf. Im übrigen herrscht in den Straßen ein sehr lebhaftes Verkehr, der sich über die jetzt in ruhigen Bahnen bewegt. Vor den Lebensmittelmärkten, vor allen den Metzgereien und Bäckereien. Die Läden sind in den Straßen wieder lange Reihen Kaufleute. Eine große Anzahl Läden wurde geschlossen. In den öffentlichen und privaten Betrieben, auf der Post und in den Schulen, Waffenfertigung und Gaswerke sind im Stillstand.

### Gegenstreik der Bürgerschaft in Stuttgart

Stuttgart, 31. März. (Drahtnachricht.) Infolge des heute angekündigten Generalstreiks der Arbeitergesellschaft hat

der Gegenstreik der Bürgerschaft eingeleitet. Die meisten Geschäfte sind geschlossen. Seit 4 Uhr ist die Stadt ohne Gas und elektrisches Licht. Das Wasserwerk arbeitet noch. Der Eisenbahn- und Postbetrieb ist eingeleitet.

### Der Fall Däumig.

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) Wie das „8-Uhr-Altenblatt“ meldet, hat sich heute nachmittag eine aus den Herren Richard Müller, Büchel und Hügel bestehende Abordnung des Berliner Volkswages zum Unterwärtigen Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weichmann begeben und diesem mitgeteilt, daß der Ausbruch eines Generalstreiks unausweichlich erscheine, wenn Däumig nicht innerhalb kurzer Zeit aus der Haft entlassen werde. Hierzu schreibt das Blatt: Zur Verhütung des 2. Vorsitzenden des Volkswages der Groß-Berliner Arbeitervereine Däumig erfahren wir, daß der Haftbefehl gegen diesen bereits vor 14 Tagen erlassen worden war, jedoch nicht vollstreckt werden konnte, da Däumig angeklagt von der Polizei nicht gefunden werden konnte. Der Verhaftungsbefehl wolle um 10 Uhr abends, als gegen Däumig bereits nach den Januararresten ein Bescheid eingeleitet worden war, dies jedoch im vorigen Monat eingeleitet wurde. Der Verhaftungsbefehl wurde von dem Untersuchungsrichter gegen Däumig unter der Beibehaltung erlassen, daß er zusammen mit Beobachtungen der Januararresten organisiert und geleitet habe. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hat jetzt seine Haftentlassung mit der Begründung verlangt, daß Däumig nicht nur nicht die ihm zur Last gelegten Unruhen im Januar verursacht, sondern im Gegenteil ihnen direkt entgegengetreten sei. Zum Beweis dafür bezieht sich Dr. Rosenfeld auf die den verschiedenen Parteien angehörigen Mitglieder des Volkswages, und zwar sowohl auf den demokratischen und rechtssozialistischen wie unabhängigen Hügel, Hügel und Büchel zur Vernehmung vor den Untersuchungsrichter geladen, vor dem sie die Angaben des Untersuchungsrichters bestritten. Im Hinblick darauf begab sich dann eine Abordnung, bestehend aus den gleichen Herren, zum Staatsanwaltschaftsrat Weichmann, den sie in einer Unterredung daran hinwies, daß die Vertreter aller Parteien des Volkswages ebenso wie die demokratischen darin völlig einig seien, daß der Ausbruch eines neuen Generalstreiks unausweichlich erscheine, wenn Däumig nicht innerhalb kurzer Zeit aus der Unterwärtigen Haft wieder entlassen würde. Die Abordnung teilte auch noch insbesondere mit, daß eine Delegation der K. G. beim Volkswagerat existieren sei und demselben erklärt habe, daß sie dortigen Arbeiter mit der Absicht umgehen, in den Streik einzutreten, und eine gerade heute stattfindende Belegschaftsumwälzung der Metallarbeiter sich in gleichem Sinne äußern würde, wenn die Haftentlassung nicht alsbald erfolge. Der genannten Sache nach dürfte dieser Beschluß auch noch im Laufe des heutigen Nachmittags erfolgen.

### Die Zustände in Ungarn.

Wien, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Mittagspost“ gibt die Unterredung mit einem früheren ungarischen Minister wieder, der erklärt, daß die Maßnahmen der Räteregierung falsch seien, da die Stimmung des Publikums sich verweigerte ist, weil die wirtschaftliche und moralische Minderwertigkeit allgemein sei. Das Ausland ist über die Ergebnisse ganz unrichtig informiert, weil die Räterepublik wahre Darstellungen nicht zulässt. Zwischen Räteregierung und Arbeitern seien bereits arg e Konflikte entstanden. Eine Reihe von Fabriken wurde von den Arbeitern selbst in Besch genommen, und viele weigern sich, die Fabriken an die Kommunistenregierung herauszugeben. Inzwischen wirt man für die rote Armee, zu der viele zweifelhafte Elemente gehören. Der Antrag zur roten Armee ist begründlich, weil ein roter Kredit 1000 Kronen monatlich erhält. Die Räteregierung will möglichst rasch eine Soldatenarmee zusammenbringen, um gegen die Bourgeoisie und jede Bewegung gegen die Räteregierung kämpfen zu können. Dieser Plan 30 000 Mann umfassen. Die Räteregierung hat sich der kommunistischen Regierung nicht angeschlossen und ist auf dem Boden nicht geneigt. Alle anderen Behauptungen sind unrichtig. In den letzten sechs Tagen haben 115 Personen an Hunger erlitten und sind gestorben. Die Räteregierung hat sich nicht um die Versorgung der Bevölkerung gekümmert. Der Hunger ist ein Ende machen werde, sagt man kaum. Hunderttausende Menschen sind durch den Hunger verstorben. Das Hausrecht ist aufgehoben.

### Keine Kriegserklärung.

Budapest, 31. März. Die ungarische Presse verbreitet die Nachricht, die revolutionäre Regierung habe Rumänien und Serbien den Krieg erklärt. Demgegenüber wurde das ungarische Korrespondenz-Bureau von maßgebender Stelle zu der Erklärung ermächtigt, daß eine solche Kriegserklärung nicht erfolgt ist und daß im Gegenteil die Forderungen der ungarischen Regierung wie bisher auch weiterhin darauf beruhen, daß die mit den Rumänen den absehbaren Verhältnissen aufgeschoben werden.

### Gelöste Ketten.

Die Milderung der Schwarzten Ketten.

— or. Berlin, 31. März 1919.

In einem kurzen Telegramm, folgten mit einem Bericht hat Marschall Foch das System der Schwarzten Ketten aufgehoben, zwar nicht ganz, aber doch teilweise, und so den fürchtbaren Mann gelöst, unter dem während des Krieges und Waffenstillstandes das Verhältnis Deutschlands zu den neutralen Staaten stand. Die Schwarzte Kette ist die Todter der Blockade, und um das ganze System und seine Entwicklung zu verstehen, muß man auf den Anfang des Krieges zurückgreifen. Am 1. August 1914 wurde die Londoner Deklaration aufgehoben. Ein Vierteljahr später, im Oktober 1914, wurde die Nordsee östlich der Scheldt und Ortnen Inseln zum Kriegsgebiet erklärt. Dadurch wurde es erreicht, daß neutrale Dampfer von den englischen Kriegsschiffen nicht mehr auf offener See nach Kontorabende untersucht wurden, sondern diese zum Zwecke der Untersuchung englische Häfen anlaufen mußten. Der nächste Schritt, den England tat, hatte den Zweck, den an Deutschland grenzenden Neutralen zur Überwachung der „fortgeführten Reise“ unter englische Kontrolle zu bringen. England zwang die Neutralen, inwieweit neutrale Ueberwachungserschiffe einzurichten, die allein das Recht zum Import überseeischer Waren erhielten und zugleich gezwungen wurden, die von ihnen eingeführten Waren nur in den neutralen Ländern zu verkaufen. In Holland wurde der Niederländische Lebersee-Trust (N. O. T.) gegründet, in der Schweiz die S. S. C. (Société de Surveillance Suisse). Staatlich organisierte Verfolgungs- und Aufsichtsbehörden! In den skandinavischen Ländern entstanden ähnliche Gebilde. Und immer enger wurde der eiserne Ring, den der Verband schmiedete. England begann, den neutralen Postverkehr zu überwachen. Sein Vertrauen ging dahin, alle neutralen Firmen festzustellen, die nach mit Deutschland in Handelsbeziehungen standen. — Im Hintergrunde stand hierbei außerdem wohl der Wunsch, den Handelsverkehr holländischer und anderer neutraler Firmen untereinander zu überwachen und nach Möglichkeit auf Grund der aus dem Erbrochenen neutraler Briefschaften gemachten Erfahrungen das Geschäft von den betreffenden neutralen Staaten fort und nach England zu ziehen. Der nächste Schritt war die Einführung der Schwarzten Kette. In Licht und Klang getan wurde jede neutrale Firma, wenn daran irgend ein deutsches Kapital beteiligt war, oder wenn sie in irgend welchen Verbindungen mit deutschen Handelsfirmen stand. Insbesondere entfiel die Liste nicht wenige neutrale Aktiengesellschaften, obwohl nach einem allgemein anerkannten Satze des Völkerrechts Gesellschaften mit selbständiger Rechtspersönlichkeit als Angehörige des Staates, in dem sie rechtlich errichtet wurden, anzusehen sind und vollen Anspruch auf den Schutz dieses Staates gegenüber anderen Mächten haben. So ungewöhnlich und für jeden Einzelnen von der Rechtmäßigkeit die Eingriffe Englands in die Privatrechte der auf die „Schwarze Kette“ gesetzten Neutralen waren, so wurden sie an Bedeutung doch noch übertrieben durch die Wirkungen, welche die britischen Behörden dem Geze über seinen eigentlichen Geltungsbereich hinaus tatsächlich zu geben wußten. Durch die Drohung der Aufnahme in die Listen übten Großbritanniens Vertreter in vielen neutralen Ländern einen Druck aus, der ohnehin auf einen großen Teil der dortigen Handelswelt aus. Wer diesen Vertretern nicht Büßer und Geschäftsgeheimnisse preisgab, wer sich weigerte, auf ihr Verlangen deutsche Angestellte zu entlassen, oder wer sich nicht in allen Einzelheiten ihren Weisungen über die Führung seiner Geschäfte fügte, wurde mit der Aufnahme in die Schwarzte Kette bedroht. Nicht selten diente der Kampf gegen angebliche deutsche Einflüsse für als durchsichtige Maske einer rücksichtslos britischen Interessentpolitik. Und keine Lüge war durchsichtiger und ist im Laufe der Zeit gründlicher entlarvt worden als die Behauptung, die Schwarzte Kette sei mit Rücksicht auf die Neutralen und ihre Verfolgung geschaffen, die Schwarzte Kette schließe den Neutralen gegen Anzuspörungen der ausgehungerten deutschen Handelswelt. Nun ist endlich der Lärm gebrochen. Auf die Schwarzte Kette kommt nicht mehr, wer mit Deutschland nach der Gnade des Brüllers Abkommens wieder Handel zu treiben beginnt. Schranken des Welthandels bleiben leider noch viele. Aber wenn auch der Warenkreislauf noch in manchen Ketten ruft, er wird doch mit Naturgewalt in die natürlichen Bahnen eintreten. Der geschäftliche Vorteil hat stets das Bestreben, sich den Geboten der Natur zu unterziehen und flücht sich niemals dem Zugriff der Bergewältigung.

# Die Forderungen der Juden bei den Friedensverhandlungen.

Berlin, 31. März. (Drahtnachricht.) In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen fand heute vormittag eine Sitzung zur Beratung der jüdischen Forderungen bei den Friedensverhandlungen statt. Die Sonderkommission für jüdische Angelegenheiten folgte folgenden Forderungen vor:

Gleichberechtigung und Gleichstellung der Juden und des Judentums in allen Ländern der Welt, als auch Befreiung aller Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, die gegen Juden und jüdische Angelegenheiten verstoßen. Herbeiführung der nationalen und kulturellen Autonomie in den neuerrichteten Staaten in dem Umfange, den die Mehrheit der dortigen Juden fordert.

Die Forderung solcher politischer, ökonomischer und administrativer Bedingungen für Palästina, daß jede Auswanderung zu einem von der jüdischen Mehrheit getragenen autonomen Gemeinwesen (Commonwealth) gekehrt ist. Ferner wurde unter lebhaftem Beifall Einbürgerung von Pogromopfern durch den betreffenden Staat verlangt, endlich Einleitung eines internationalen Ausschusses mit der Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Grundzüge und Befehle der Friedenskonferenz hinsichtlich der Juden durchgeführt werden.

In die Beratung der Forderungen schloß sich eine allgemeine Diskussion, an welcher die Vertreter der Regierung sich lebhaft beteiligten.

## Der 1. Mai und der 9. November.

Dresden, 31. März. (Drahtnachricht.) Die höchste Rechtsinstanz in ihrer heutigen Arbeitssitzung unter der Leitung jüdischer Richter hat einen Antrag der linken sozialdemokratischen Fraktionen an den 1. Mai und den 9. November als gesetzliche Feiertage zu erklären. In einem Zusammenhang mit der Regierung der deutschen Republik ist ein gemeinsames Vorgehen aufgesetzt.

## Ankunft des deutschen Goldes.

Berlin, 31. März. (Drahtnachricht.) Die gemäß dem Brüsseler Abkommen als Sicherheit für die Lebensmittelforderungen in Brüssel zu hinterlassenden 11 Millionen Mark sind in London (ca. 21 Millionen Mark) hier, an die deutsche Währungs-Kontrollkommission mitteilt, in Brüssel angekommen und bei Banque nationale de Belgique deponiert worden.

## Von der Ostfront.

Berlin, 31. März. (Drahtnachricht.) An der gesamten polnischen, ober-schlesischen und polenischen Front herrscht in den letzten Tagen sehr rege polnische Aktivität. Die Polen beschließen wiederum Wlady-Bruhlodoff jüdisch freizugeben mit Wlady-Bruhlodoff. Wir erwidern das Feuer. Die Stimmung anderer Kruppen ist durch das herausfordernde Verhalten der Polen, die sich an keine Demarkationslinie halten, äußerst gereizt.

## Eine plumpe Fälschung.

Berlin, 31. März. Im Freien Verlag ist eine Broschüre „Die deutsch-polnische Verständigung“ erschienen. 70 Dokumente über die Verhandlungen der Bolschewiki zur deutschen Freieinigung, Grenzgebiete und Finanz, nach einer Anzahl photographischer Reproduktionen, herausgegeben vom Committee on public information, United States of America. Diese Broschüre, die angeblich Dokumente an das Licht befördert, die sowohl den Grenzgebiet, wie die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, die Reichsbank und die

## Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Ganser.

23. Fortsetzung. **Ständchen verboten.**  
Seine helle Freude hatte der lauschende Tag an dem weiden Organ der Frühlings. Und die schlichte, liebe Welt in ihrer anmutig bewegten, leise hübschen Art gefiel ihm so gut, daß er sie dem heimlichen Reben vor den Fenstern auf die jarten Mägel legte, damit es die seine Melodie zu den Maßstäben trage, die mit weichen Gesähten aus dem hellgrünen Sammelband des Raines hervorleuchteten.  
Herbians lauschte im Saule auch jemand: Emilie Kriebel. Es war ihr wie ein Schwere ins Blut gefahren, als die helle Stimme einströmte. Wer hätte schon je im Rosenhaus „Ständchen“? Wie etwas Fremdes, Unbekanntes verhielte es sie, als die Töne an ihr drangen. Aber sie fand sich schnell in das Neue und bald gefiel es ihr so gut, daß sie die Treppe hinaufschritt und vor der Tür horchte.  
Als die letzten Töne verklungen waren, öffnete sie die Tür und sagte: „Das war sehr schön, Fräulein Rosemarie. Das könnte man gleich noch hören.“  
Rosemarie verbaucht freute sich: „Ja, hat es Ihnen gefallen?“ Sie wandte sich von der Kommode, vor der sie mit Hilfe Kriebel zurück und lächelte die alte Hausfalterin des Rosenhauses an.  
„Man hat schon so lang kein Singen gehört, daß es einem wie etwas ganz Neues vorkommt, wenn's einer wieder tut.“ Sie trat ganz in das Zimmer und schen etwas verneigt.  
„Und noch einmolein Zaubern sagte sie: „Allo einen Lieblichen haben Sie auch schon, Fräulein Rosemarie?“  
Rosemarie sprang lachend in die Höhe:  
„Wie kommen Sie zu dieser Frage, Emilie? Das macht mir Spaß. Danach hat man mich noch nie gefragt.“  
Die Alte sah verblüffend in das Gesicht des jungen Mädchens. „Na, Sie haben doch eben von dem Lieblichen gesprochen, das hat wiederum...“  
„Ich, Fräulein Rosemarie,“ lachte Emilie, „ich Rosemarie beifügt.“  
„Ich lang das Lied, weil es mir so gut gefiel. Und was in sich ein Lied liebt, das ist doch nichts Persönliches.“  
„Ich meine, damit jagt man doch nicht, daß man einen Schatz hat...“  
„Nein, nein, mich hat noch niemand gewollt.“  
„Nach nie einer?“ Emilie fragte es ganz und gar ungläubig. „Sie hat noch keiner gefragt? Na, das verheißt ja nicht. So was Schönes, Liebes von Gesicht, solch einen Wachs und so eine Stimme...“  
Rosemarie hielt sich die Ohren zu: „Hören Sie auf...“  
„Nicht hören, Fräulein Rosemarie,“ sagte Emilie Kriebel mit Nachdruck. „Wer nichts aus sich macht, aus dem machst du die Leute auch nichts. Immer'n nachdenklich vorwärts. Sondern und unterman wird man nicht gesehen. Das

deutsche Volk vor aller Welt als Vorkämpfer der Bolschewiki belächelt. Ich weiß nicht, als eine ebenso gewissenlose wie plumpe Fälschung. Eine gemeinliche Unterfuchung der Dokumente durch die betreffenden angegriffenen deutschen Behörden und Banquinstitute hat dies völlig klargelegt.

## Bolschewisten-Niederlage in Sibirien.

Genf, 31. März. (Drahtnachricht.) Nach einer Dinstag Besprechung der „Times“ hat die Allierierte Armee in Sibirien in der Gegend von Ufa über die Bolschewiki einen neuen großen Erfolg davongetragen. Die Bolschewiki sind mehr als 80 Km. vorgegangen und haben die Reste der 5. Sowjetarmee beinahe eingeschlossen.

## „Streng, aber annehmbar“.

Basel, 31. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Stamps“ meldet aus englischer Quelle, daß die vom Rat der Völkervereinigten Friedensbedingungen zwar sehr streng und ein wenig, aber für Deutschland annehmbar sein. In Erkenntnis, daß es notwendig sei, einen deutschen Friedensvertrag zu verhandeln, wurde man das Danziger Problem mit äußerster Vorsicht zu fassen.

## Das portugiesische Koalitionsministerium.

Lissabon, 31. März. (Sapas.) Domingos Pereira, Unterrichtsminister in dem juristisch-rechtlichen Kabinett hat folgende Koalitionsministerien gebildet: Kriegs- und Marine: Domingos Pereira, Justiz: Genaz; Finanzen: Ramada Curto, Krieg: Oberst Nuno Magalhães, Marine: Nacabo Pinto, Auswärtige Angelegenheiten: Xavier Silva, Kolonien: Jozao Nunes, öffentlicher Unterricht: Leonard Colmba, Arbeit: Diaz Silva, Handel: Julio Martinez, Ackerbau: Jogo Moore, Lebensmittelversorgung: Brito Guimarães.

## Freiherr v. Zedlitz und Neufirk gestorben.

Berlin, 31. März. Freiherr Othavio von Zedlitz und Neufirk, der bekannte sozialistische Parlamentarier, ist, wie die „Post“ meldet, heute früh im Alter von 78 Jahren in seiner Wohnung sanft entschlafen.

## 50000 Arbeitererfindungen.

Wien, 31. März. Bei der Beratung des Ausschusses der Nationalversammlung über die Erfindungserfindung vom 21. Januar teilte Geheimrat Kersch auf Anfrage mit, daß in Preußen Erfindungen für etwa 100000 geistliche und industrielle Arbeiter in Preußen. Geheimrat Schöning erklärte, der Bauernschaft im Osten solle ungeführt die Fläche wieder zurückergeben werden, die ihr im Laufe der Jahrhunderte entzogen worden sei.

## Zetteln-Vorbehalt über den Ostafrika-Feldzug.

General von Zetteln-Vorbehalt hielt am Sonntag mittag auf Einladung des Vereins „Berliner Presse“ im Metropoltheater einen Vortrag über den Krieg in Deutsch-Ostafrika. General von Zetteln-Vorbehalt, kürzlich begrüßt, führte etwa folgendes aus:

Zu Beginn des Kampfes hatte er etwa 200 Europäer und 2400 Afrikaner zur Verfügung. Gegen ihn in der ersten Woche des Kampfes über 100 feindliche Generäle gestanden. Zur Entlastung des europäischen und der anderen wichtigsten Kriegsgeschäfte habe er zunächst beschloffen, den Feind an der Grenze von Britisch-Ostafrika durch Angriff und Zerschlagung der Uganabahn zu stellen. Es sei ihm gelungen, die deutsche Kolonie anberthalb Jahre vom

Feinde frei zu halten. Den großen Sieg bei Tanga habe er mit 1000 Mann gegen 8000 erfochten. Am Frühjahr 1916 sei er durch den Einmarsch der Südafrikaner unter General Smuts gezwungen worden, seine Taktik zu ändern und durch Ausweichen den Feind hinauszuführen. Am November 1917 wurden Moson, Munst on Sanitätsmaterial und besonders das wichtige Chinin und Proviton so weit angewandt gewesen, daß u. a. die alten Patrone Modell 70/71 verwendet werden mußten. Trotz des ausgezeichneten Geltes war die innere Kraft der Truppe aufrecht. Sie mußte vom Feinde bedrückt, unter Zusammenfassung der markfähigsten und kampffähigsten Mannen sich auf Heberlandstücken, harte Märsche und Verlebens einlassen. Ein gelunener Heberlauf auf ein portugiesisches Lager bei Rucmano am Zusammenfluß des Komua und Lubarda am 25. November 1917 brachte gemahlte Leute an Gewehren, Munition und Proviant. Beim Hebertritt auf nordostafrikanisches Gebiet hatte er etwa 800 Europäer, 1700 Afrikaner und die meisten Träger gehabt. Die Eingeborenen bekämpften die Deutschen als Vorkämpfer. Ein Jahr später als die Deutschen vom Feinde zurückgedrängt, waren noch 150 Europäer und 1900 Afrikaner bei den Tugenen. Viele Afrikaner hätten geant: „Wir werden bei dir bleiben, bis wir sterben.“ Aber auch die 3000 Träger hätten ausersehen, trotzdem ihnen nichts geboten werden konnte, als Geschehen und Strapazen.

## Deutsches Reich.

### Die Verwendung des Besieger Schloßes.

Berlin, 31. März. Das „Tagblatt“ berichtet, daß die Verhandlungen über die Verwendung des Schloßes in Berlin nahezu abgeschlossen sind. Das Ex-Regierungswilhelm II. wurde, soweit noch vorhanden, in Sicherheit gebracht, da es zu seiner Verfügung bleibt. Das Schloß wird der ständischen Festung zurückgegeben. Die Räume von künstlerischem oder historischem Wert sollen unangetastet bleiben. Dagegen sollen die logenartigen schmiedeliche Räume ausgeputzt werden. Unter anderem sind Räume der Besieger unversittelt für Lehr- und Hörsäle zur Verfügung gestellt. In anderen nach unbesetzten Sälen wird die Einrichtung von Kunstausstellungen geplant.

### Einstweilen-Koalitionsministerien gegen den Feindhandel.

Die bayerische Regierung hat eine Wirtschaftskommission mit parlamentarischen Mitgliedern zur Beschäftigung von vertriebenen, geschunden und hinterzogenen Waren eingesetzt. Die Kommission hat bereits Termini in Wien im Werte von 20 Millionen Mark und einige Millionen Stück Roprenen sowie große Pakete des Proviantmattes und Lebensmittelverpackungsmittel ihrer Vollmacht für die Allgemeinheit freigegeben.

## Halle und Umgebung.

Halle, den 1. April 1919.

### Flammwachen.

betr. Wohnungsstörungen bei Gefahr der Obdachlosigkeit.

Wir machen darauf aufmerksam, daß nach der Verfügung des Herrn Justizministers vom 10. Dezember 1918 (Justizministerialblatt Nr. 46 vom 12. Dezember 1918 Seite 501) Räumungen von Wohnungen, falls mit einer Obdachlosigkeit der aus dem Wohnort lebenden Personen zu rechnen ist, im Wege der Zwangsversteigerung nicht vollzogen werden sollen, bevor der Ortsanwaltschaft Gelegenheit gegeben ist, für die anberaumte Unterbringung der Mieter zu sorgen.

Halle, den 31. März 1919.

Der Magistrat.

dürfen nur vom Laden etwas wissen. Das Trübelige kommt ganz von selbst... Aber ich vermag mich nicht zu weigern. Und unten in der Küche krennt das Essen an... Meine Güte auch! Ein ich denn nicht geladent?

Sie hätte die davon. Und Rosemarie hörte, wie sie die Treppe hinaufstürzte.

Das junge Mädchen blieb mit einem stillen Wächeln auf dem Gesicht mitten im Zimmer stehen. Das Goldband der Sonne schimmerte hell um ihre Höhe und glitz in glänzender Getriebe ein Strahlen an ihrem leuchtenden Haar. Und ein verlorener Strahl des breiten Bündels irrte über das aufbraunende Haar und küßte es heimlich. Unendlich liebend lag Rosemarie verbaucht aus... Und bei jeder Hochachtung, die man vor Emilie Kriebel haben muß, würde man ihr beim Anblick ihrer neuen jungen Hausgenossin doch gesagt haben: Es stimmt nicht ganz, liebe Kriebelche, mit deiner Behauptung von der Notwendigkeit des „Vordrängens“. Rosemarie hat das durchaus nicht nötig. Sie fällt auf jedem Fluke auf. Auf und dem ganz im Hintergrunde. Und zur Zeit wird sie schon herangezogen werden.

„Überigens machte sich Rosemarie deswegen nicht die Mühe, sich den neuen Frauen zu stellen. Sie genoh den Lages in matter Lebensfreude und hatte die Ueberzeugung von Gladenbed nach dem Rosenhause mit hellem Ziel begründet.“

Man hatte noch der Teilmanneseinrichtung im Saule an der Stadtmauer zu Gladenbed mit einem Entschlusse nicht lange gewartet. Es war ja übrigens ganz einfach gewesen, wenn man sich zu entscheiden gehabt. Die Stadt drohte mit Kündigung. Wollte man sich erretter lassen? ... Na, nein! Der franke Herr Doktor würde überbies von einer willigeränderung seinen Schaden haben... Also! Zudem: Wollte man seinen Zinsanteil, mußte man ja das Rosenhaus beziehen.

Die Fülle der Gründe war mithin von zwingender Macht gewesen, daß dem franken Entschlusse des wunderlichen Herrn Mathias Brudmüller beheimunglos unterzuordnen.

Nur zweierlei schaltete über den vom Schicksal vorbestimmten Weg der nächsten Zukunft hin. Einmal dachte man in geringer Ferne daran, daß man das Rosenhaus nicht allein beziehen, sondern gemietetermaßen in eine Art Mietkaserne kommen würde. Und was man sich bei so in bezug auf die Art des Zusammenlebens mit den verschiedenen Parteien als Möglichkeiten ausmalte, das hatte einen starken Einfluß von Sterbis bezüglich des Friedens und des Wohlbehaltens.

Und der andere Schatten? Ja, das war schon mehr Schlaglichter. Denn, wenn Mathias Brudmüller zur eines schönen Tages von irgendwoher auf der Wüstfläche erschien, dann fiel die ganze Herrlichkeit ins Wasser.

Ob es da ein herrliches Unrecht war, wenn man wüßte, daß der junge Brudmüller für immer ein Verlorenener bleiben möchte?

(Fortsetzung folgt.)



